

# Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig  
Bei Bestellungen: 100 Stück 100 Pfennig

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostfachsen  
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaftler / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen

Bezugspreis monatlich (rei Haus 2 RM, Halbmonat 1 RM), durch die Post bezogen monatlich 2 RM (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden-21 / Geschäftsstelle u. Expedition: Alsterbahnhofstr. 2 / Fernsprecher: 17 259 / Postfachstelle Dresden Nr. 18 690, Dresdner Verlagsgesellschaft  
Erscheinung: Dresden-21, Alsterbahnhofstr. 2 / Fernspr. Amt Dresden Nr. 17 259 / Drahtanschrift: Arbeiterstimme Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Wochentage 4—6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)  
Anzeigenpreis: Die neuzeitlich gestaltete Nonpareilzeile oder deren Raum 0,30 RM, für Familienanzeigen 0,20 RM für die Anzeigenzeile anschließend an den dreispaltigen Teil einer Letzlinie 1,50 RM. Unregelmäßige Anzeigen wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-21, Alsterbahnhofstr. 2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Beweise besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

3. Jahrgang Dienstag, den 6. September 1927 Nummer 208

## Immer wieder Arbeitermorde!

Eine neue Bluttat der Faschisten / Schmeldungen der bürgerlichen Presse / Entlarvte Schwindler

### Blutige Zusammenstöße in Potsdam und Genfienberg

Berlin, 6. September. (Eigener Drahtbericht.)  
Am Sonnabend ereignete sich eine neue Bluttat der Faschisten in Potsdam. Im Anschluß an eine Veteranenfeier kam es zwischen Arbeitern und Faschisten zu einem Zusammenstoß. Die Arbeiter wurden von einem Trupp Stahlhelmlisten provoziert, und es kam zu einer Schlägerei. Im Verlauf wurden die Stahlhelmlisten von den Arbeitern zurückgetrieben. Die Polizei griff, wie immer, zugunsten der Faschisten ein. Ein KFD-Kamerad wurde durch einen Lungenschuß schwer verletzt.

Immer erneut verüben die Faschisten blutige Angriffe gegen die Arbeiter. Der Arbeitermord steht auf der Tagesordnung. Die Arbeitermorde haben gute Zeiten. Der Staatsapparat steht bei den Faschisten. Kommt es durch die Provokationen der Faschisten zu Zusammenstößen, dann greift sofort die gesamte bürgerliche Presse ein und drückt im Chor von Kommunisten-angriffen. Gestern berichteten die Zeitungen des Bürgertums fast durchweg von „schweren Ausschreitungen“ in Potsdam. Materiallich vermag man, daß die Faschisten an diesen Ausschreitungen schuld seien. Im gleichen Sinne berichtete man von Genfienberg. Aus Potsdam teilte man weiter mit, daß es am Abend noch zu schweren Zusammenstößen gekommen sei. Der Dresdner Anzeiger berichtet über den letzten Zwischenfall: Ein Reichswehrsoldat wurde nach seinen Angaben in der Lindenstraße überfallen, zu Boden geschlagen und schwer verletzt. Die Tendenz dieser Meldung ist klar, man schreibt nicht hinein, wer die Taten verüben sollte, die den Reichswehrsoldaten überfallen haben.

Der Volksstaat schrieb gestern schon, ein Reichswehrsoldat solle nach seinen Angaben von Faschisten überfallen worden sein. Schon hier sehen wir die „Objektivität“ der bürgerlichen Presse. Es sollte der Eindruck erweckt werden, als haben diese Frontkämpfer den Soldaten überfallen, das war der Sinn der Anzeiger-Meldung. Der Volksstaat blieb objektiv und teilte das mit, was die Telegraphenagentur meldete.

Heute bringt der Anzeiger ziemlich verdeckt folgende Meldung:  
„Potsdam, 6. September. Zu den Meldungen über schwere Schlägereien in Potsdam kann im Einverständnis mit dem Potsdamer Polizeipräsidenten festgestellt werden, daß es nur zu unbedeutenden Reibereien gekommen ist, bei

denen ein Kommunist namens Sunold verletzt wurde. Von einer schweren Verwundung eines Reichswehr-Soldaten ist in Potsdam nichts bekannt.“  
Wozu auf einmal diese doch sonst für die bürgerliche Presse ganz ungewöhnliche Art der Berichterstattung? Die „unbedeutende Reiberei“ war doch immerhin so, daß ein Arbeiter schwer verwundet wurde. Aber die Sache liegt so, es sieht einwandfrei fest, daß die Faschisten die Angreifer waren, da wird von der bürgerlichen Presse abgedreht. Wären die Frontkämpfer die Angreifer gewesen, dann hätte die bürgerliche Presse einen wüsten Lärm geschlagen und gegen das „rote Kommando“ gewettert. Ein Panfriedensdruschspruch wäre die Folge gewesen. So aber soll die Feststellung des tatsächlichen Kommandos verhindert werden. Gegen die Faschisten will die republikanische Justiz nicht vorgehen. Hier zeigt sich das Zusammenarbeiten aller Mittel des kapitalistischen Machtapparates. Faschisten, Polizei, Presse des Bürgertums und Justiz haben in einer Front. Die Arbeiter müssen den ständig neuen Provokationen die geschlossene rote Front der Arbeiter entgegenstellen. Sie ist nur dann, aber dann bestimmt in der Lage, die Arbeitermorde zurückzuschlagen. Noch eins muß die Arbeiterfront erkennen, die bürgerliche Presse steht gegen die Arbeiter. Schluß mit der Generalanzeigerpresse, ist die Zeitung der KPD.

### Schwere Zusammenstöße in Genfienberg

5 Stahlhelmer, 16 Arbeiter verletzt.  
Genfienberg, 6. September. (Eig. Drahtbericht.)  
Der Niederlausitzer Stahlhelmtag wurde am Sonnabend schon mit Provokationen eingeleitet. Bereits am diesem Tage kam es zu Zusammenstößen zwischen den Faschisten und der Genfienberger Arbeiterfront. Als am Sonntag die Kundgebung stattfand, gingen die Reden in den hürnischen Niederlagen der Arbeiterfront unter. Die Arbeiterfront hatte ringom den Marktplatz besetzt. Es kam erneut zur Schlägerei und Zusammenstößen mit der Arbeiterfront einerseits und der Polizei und den Faschisten andererseits. Die Arbeiterfront wurde abgedrängt, blieb dann aber doch Sieger über die Faschisten. Fünf Mitglieder des Stahlhelms und 16 Arbeiter wurden schwer verletzt.

### „Di-Vocarno“ gegen die Sowjetunion

Das Ziel der Geheimverhandlungen Stresemann-Chamberlain Genf, 6. September. (Eig. Bericht.) Wie jetzt bekannt wird, wurde zwischen Chamberlain und Stresemann der Plan eines Di-Vocarno-Paktes behandelt. Obwohl behauptet wird, daß sich Chamberlain über den Plan absprechend geäußert hätte, steht er nach wie vor im Mittelpunkt aller kommenden Geheimverhandlungen. Es steht fest, daß der Vorschlag zu einem Di-Vocarno von polnischer Seite auf Anraten Frankreichs kommen wird. Polen schlägt den Abschluß eines allgemeinen Garantiepaktes nach dem Muster des letzteren abgeleiteten „Genfer Protokolls“ vor mit der Tendenz, die heutigen polnischen Grenzen durch die Großmacht garantieren zu lassen. Die wirkliche Bedeutung des Paktes ist aber viel größer. Es soll nach übereinstimmender Meinung der Beobachter auf diese Weise mit Einbeziehung Deutschlands eine europäische Plattform gegen die Sowjetunion, ein Schutz und Trutzbündnis der kapitalistischen Staaten vorbereitet werden. Die Völkerbundgarantie der polnischen Grenzen soll vor allem für den Fall eines russischen Angriffs in Funktion treten. Der französische Imperialismus, der den Plan zur Stärkung seiner Position in Europa ausgeheckt hat, hofft die Zustimmung Chamberlains eben mit Rücksicht auf die offensichtliche sowjetfeindliche Spitze des Vorschlages zu erlangen. Als Abjaktung, die Deutschland für eine Zustimmung zu dem Plan erhalten könnte, nennt Sauerwein im Matin eine frühere Rheinlandeäumung und die Aufgabe des französischen Widerstandes gegen einen Anschluß Österreichs an Deutschland.

Von französischer Seite wird außerdem mit deutlicher Spitze gegen Italien auf die Behandlung des italienisch-jugoslawischen Albanien-Konfliktes gedrungen und die jugoslawisch-bulgarische Annäherung auch in Genf gefördert. Chamberlain bemüht sich, zwischen Ungarn und Rumänien zu vermitteln.

### Der Bloß gegen die Sowjetunion

Genf, 6. September. (Eigener Drahtbericht.)  
Unter den Kulissen der öffentlichen Tagung des Völkerbundes werden die Beratungen über den geplanten Ost-West-Konkordat weitgeführt. Der polnische Delegierte Solal mit Irland suchte Chamberlain auf, und letzterer gab die Versicherung, daß er mit Stresemann über diesen Plan weiterverhandelt. Er betonte, daß in diesem Plan nicht einseitig französische Interessen berücksichtigt, sondern auch Deutschland einbezogen

werden müsse. Die Wahl des Vertreters von Uruguay zum Vorkonferenzen der Konferenz mit 24 zu 21 Stimmen stellt natürlich einen Sieg Englands dar.

Paris, 6. September. (Eigener Drahtbericht.)  
Die französische Presse teilt mit, daß der Hauptgegenstand der Aussprache Stresemanns mit Briand in Genf der Di-Vocarno-Pakt wäre, und daß Stresemann prinzipiell nichts gegen diesen Pakt einzuwenden habe. Es ist nicht zu erwarten, daß Schwierigkeiten bei Abschluß des Abkommens auftreten.

### Reichsbannernkandidat Marx kämpft für den Keudell-Entwurf

Die Anebelung der Volkshochschule  
Dortmund, 6. September. (Eigener Drahtbericht.)  
Auf der Tagesordnung der katholischen Schulorganisationen wurde nach dem Referat des Bürgerblockführers Marx eine Resolution angenommen, in der die baldige Verabschiedung des Reichsschulgesetzes verlangt wird. Der reaktionäre Entwurf Keudell wird in der Resolution als eine Stange zur „Verbesserung“ des Schulwesens bezeichnet. Sie forderten u. a. Einführung des Religionsunterrichtes als Schulprogrammähnliches Fach.

### Vor der Annahme des Konkordats in Preußen

Berlin, 6. September. (Eigene Drahtmeldung.)  
Wie das Berliner Tageblatt aus Zentrumsstellen erfährt, sieht der Abschluß eines preussischen Konkordats vor der Verabschiedung.  
Preußen mit dem sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Braun marschiert in der Kulturreaktion voran. Den Arbeitern dürfte nunmehr die Haltung der sächsischen Sozialdemokraten zum Keudellentwurf klar werden.

### Das Attentat in Dresden

Zu dem Verfall in Dresden meldet die Telunion: Ueber das Attentat auf den Sekretär Steeger des Dresdner amerikanischen Konsulats hat sich nach keine Klarheit darüber ergeben, ob es sich um ein politisches Attentat handelt, oder ob eine Personenerweichung vorliegt. Vom amerikanischen Konsulat wird bestätigt, daß nach der Sacco- und Bonzetti-Bewegung zahlreiche Drohbriefe beim Konsulat einliefen. Frau Steeger glaubt, daß der Attentäter ihren Gatten für den Konsul gehalten hat, dem er in der Figur ähnelte. Das sächsische Ministerium für auswärtige Angelegenheiten hat dem höchsten amerikanischen Konsulat des Beobachters der sächsischen Staatsregierung über den Verfall ausgesprochen und die besten Wünsche für die Wiederherstellung des Verletzten übermittelt.

### Rußlanddelegierte und „linke“ Sozialdemokraten

Von Hans Red  
Die „linken“ sozialdemokratischen Führer haben wirklich keine leichten Tage. Einerseits müssen sie vor den Arbeitern radikaler reden als der Parteivorstand, andererseits aber müssen sie — da sie ja im Grunde ihres Herzens getreue Diener ihres Parteivorstandes sind — die linksgerichteten sozialdemokratischen Arbeiter vor jedem wirklichen linken Schritt zurückhalten. Und das ist nicht immer sehr einfach. Das bekommen auch die „linken“ sozialdemokratischen Zeitungen anlässlich der Unterschriften-Sammlung für Sowjetrußland und der Ernennung einer Arbeiterdelegation zu verspüren.

Die Sowjetunion wissen sehr gut, daß die sozialdemokratischen Arbeiter die antilordistische Hilfe des Parteivorstandes zum großen Teil gründlich satt haben und daß die Sympathie für die Arbeiterdelegation gerade in diesen Kreisen außerordentlich groß ist. Darum werden sie auch nicht müde, in ihrer Presse von Zeit zu Zeit Artikel mit der pompösen Überschrift „Kühnheit von Sowjetrußland“ zu bringen. Als aber jetzt die sozialdemokratischen Arbeiter dazu übergehen, diese Parole durch Beteiligung an der Dritten deutschen Arbeiterdelegation in die Tat umzusetzen, da beginnen diese Linken unter Führung der Chemnitzer Volksstimme gegen die Delegation einen Verleumdungskampagne, von dem sich selbst der Vorwärts noch eine Scheibe abschneiden kann. Fürs erste veröffentlichen sie einen Artikel eines gewissen Koch aus Wiesbaden, der so offensichtlich schwindelhaft enthält, daß man die „Kühnheit“ der Redaktoren bewundern muß, die so etwas ihren Lesern vorzulegen wagen. Wer ist nun der Kronzeuge aus Wiesbaden? Und warum lassen die linken sächsischen Blätter ausgerechnet einen Wiesbacher zu Worte kommen, nachdem sie von 20 sozialdemokratischen sächsischen Delegierten nicht eine Zeile veröffentlicht? Koch ist eine jener Typen, der versucht, sich an den mühselig gesammelten Groschen zur Finanzierung der Delegation in betrügerischer Weise zu bereichern und von uns deswegen in aller Öffentlichkeit als Betrüger bezeichnet wurde, was aber weder ihn noch die Chemnitzer Volksstimme bisher im geringsten gestört hat.

Fürs zweite bringt die Chemnitzer Volksstimme einen weiteren Artikel, worin sie auf das eindringlichste vor der Delegation warnt, da von den Kullen die „Besten Setzungsmandate“ gegen die Delegation angewandt würden und darum den Berichten der Arbeiterdelegierten „ein sächsischer Wert nicht bezumeßten“ sei. (Daraus auch verifiziert, wie die Subelien von Koch!) Sie erhebt dann die Forderung, daß der Parteivorstand eine Delegation schicken soll. Wörtlich heißt es folgendermaßen:

„Wir die Sowjetregierung wirklich die Verständigung zwischen Rußland und der europäischen Arbeiterfront fördern, so soll sie zum Beispiel einer von der deutschen Sozialdemokratie frei zusammengestellten, selbstverpflichteten von uns besetzten Delegation die Möglichkeit unbedingten Studiums in Rußland in Begleitung eigener Dolmetscher geben. Wir sind gespannt darauf, wie sich die Sowjetregierung und die deutschen Kommunisten zu einem solchen Vorschlag stellen werden.“

Ihr Herren Schrittmacher des Parteivorstandes moßt also eine Antwort? Nun, ihr sollt sie haben. Dazu aber wird notwendig sein, euer Gedächtnis etwas aufzufrischen und eure Biederamtsmaske, die ihr euch nun angebunden habt, ein wenig zu lüften, damit die sozialdemokratischen Arbeiter sehen können, wie „ernst“ eure Vorschläge gemeint sind:

Erstens: Bereits im Jahre 1925 sandten die Partiiow- Arbeiter an den Vorwärts einen Brief, worin die Redaktion aufgefordert wurde, eine Delegation nach der Sowjetunion zu schicken, um an Ort und Stelle nachzuprüfen, ob die vom Vorwärts erhobenen Anschuldigungen gegen die russischen Gewerkschaften zutreffen.

Auf diesen völlig ernstgehaltenen Vorschlag gab der Vorwärts unter windigen Ausreden eine ablehnende Antwort, da er genau wußte, daß er keine Schwindelereien niemals hätte beweisen können.

Zweitens: Am 27. Februar 1926 richtete die Zeitschrift „Die Einheit“ auf hier mehrfach bei ihr eingegangene Anfragen an den Vorwärts der russischen Gewerkschaften, den Genossen Tomski, einen Brief, worin unter Punkt 4 folgende Anfrage gerichtet ist:

„Sind die russischen Gewerkschaften ausserdem bereit, einer Studienreise deutscher Gewerkschaftsführer die notwendige Bewegungsfreiheit und Unterstützung zu garantieren?“

Auf diese Frage erhielt die Gruppe Einheit eine Antwort, die wir allen linken Arbeitern zum aufmerksamen Studium empfehlen, weil sie dann gleich sehen werden, wie sie von ihren

LA  
Artikel  
20118  
beller  
Windjacken  
Mäntel  
Grosser Str. 13  
28063  
v Stürmer  
28064  
28065  
28066  
28067  
28068  
28069  
28070  
28071  
28072  
28073  
28074  
28075  
28076  
28077  
28078  
28079  
28080  
28081  
28082  
28083  
28084  
28085  
28086  
28087  
28088  
28089  
28090  
28091  
28092  
28093  
28094  
28095  
28096  
28097  
28098  
28099  
28100